

Höchste Zeit!

Grüne Zeitpolitik als politische Herausforderung der Zukunft

Hektik, Eile und ständige Erreichbarkeit sind zu einem Phänomen unserer Zeit geworden. Die Beschleunigung und Verdichtung unserer Lebens- und Arbeitswelt haben unseren Alltag verändert.

Viele Menschen, nicht nur Berufstätige, klagen über Zeitknappheit. Sie fühlen sich permanent im Stress und wissen oft nicht, wie sie allen Anforderungen des Alltags gerecht werden sollen. Sie wünschen sich mehr Zeit, Zeit für die Kinder, für die Pflege der Eltern, für Weiterbildung, für gesellschaftliches oder politisches Engagement und nicht zuletzt für sich selbst.

Gerade junge Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen und zugleich im besten Alter sind, eine Familie zu gründen, haben es nicht leicht. Keine Zeit zu haben, das Gefühl, den verschiedenen Ansprüchen nie wirklich gerecht zu werden, wird vor allem in der sogenannten „Rush Hour“ des Lebens, für viele zu einer großen Belastung. Viele Mütter und Väter, darunter ganz besonders die Alleinerziehenden, haben das Gefühl, in einem permanenten Dauerstress zu leben.

Zeit ist auch eine ökonomische Größe. Einer der wichtigsten Treiber von Wirtschaftswachstum ist die Steigerung der Produktivität. Ein Ansteigen der Arbeitsproduktivität bedeutet oftmals eine Intensivierung der Arbeit – mehr in weniger Zeit schaffen – und einen höheren arbeitsbezogenen Stress. Stress führt nicht nur zu physischen Gesundheitsproblemen wie Kopfschmerzen, erhöhtem Blutdruck und Herzattacken sondern auch zu psychischen Krankheiten wie Depressionen und Burnout sowie allgemein zu geringerer Lebenszufriedenheit. Dies wiederum hat negative Auswirkungen auf die Produktivität. Zeitpolitik ist daher als Herausforderung längst auch in der Arbeits- und Unternehmenswelt angekommen.

Zeit hat auch eine politische Dimension. Die Politik ist gefordert, für neue, bessere Rahmenbedingungen zu sorgen. Das berührt alle Politikbereiche, Familienpolitik, Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik genauso wie die die Wirtschafts-, Frauen- und Arbeitsmarktpolitik oder die Verkehrs- und Stadtplanung. Zeitpolitik ist ein politisches Querschnittsthema, das immer und überall mitgedacht werden muss.

Hier setzt bündnisgrüne Politik an. Wir müssen Zeit neu denken. Denn Zeit zu haben ist in unserer Gesellschaft zu einem „Luxus“ (Hans Magnus Enzensberger), zu einer wichtigen Voraussetzung für ein „gutes Leben“ geworden. Deshalb brauchen wir einen anderen Begriff von Wohlstand, der sich nicht nur auf materielle Werte und Produktivität bezieht, sondern Zeit einbezieht.

Nicht nur für die Planung des Alltags mit der Familie und mit Freunden, für sportliche und kulturelle Aktivitäten, für Bildung oder einfach nur für Muße brauchen wir Zeit, sondern auch für ehrenamtliches soziales, ökologisches oder politisches Engagement. Nur wenn Menschen auch die Zeit haben, für einander Verantwortung zu übernehmen und sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen, funktionieren unser Zusammenleben und unsere Gesellschaft.

Nachhaltigkeit ist der Kern bündnisgrüner Identität. Das betrifft uns Menschen genauso wie unsere Umwelt. Überlastung, Stress und Hektik ruinieren unsere Gesundheit, unser Wohlbefinden und unsere sozialen Beziehungen und werden letztlich auch zu einem ökonomischen Problem. Ebenso wenig wie einen Raubbau an unserer Umwelt wollen wir einen Raubbau an uns selbst zulassen.

Zeitpolitik ist ein Projekt für alle Menschen, gleich welchen Alters, Geschlechts oder Einkommens. Wir wollen allen Menschen mehr Souveränität und Entscheidungsfreiheit über ihr Leben und ihre Zeit ermöglichen und das als Kriterium in alle politischen Entscheidungsprozesse einbeziehen.

Beruf und Familie unter einen Hut bringen

Erwerbsarbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Eine gute Arbeit kann Erfüllung bedeuten, ist die Voraussetzung für ein gesichertes Einkommen und für gesellschaftliche Anerkennung. Viele Menschen arbeiten gern, doch gleichzeitig wünschen sie sich, mehr mitbestimmen zu können, wann und wieviel sie arbeiten, um andere Aufgaben – Haus- und Familienarbeit oder gesellschaftliches Engagement - besser mit dem Beruf in Einklang zu bringen.

Es gibt auch Phasen im Leben, da erfordern Kindererziehung oder die Pflege der Eltern eine Reduktion der Arbeitszeit. Manche möchte eher mehr, andere eher weniger arbeiten. Selbstständige oder Geringverdienende können sich eine Reduzierung der Arbeitszeit oft gar nicht erst leisten und brauchen eine soziale Absicherung für Zeiten, in denen die Fürsorge für andere im Vordergrund steht. Wir wollen flexible Modelle schaffen, die der Vielfalt der Lebensrealitäten und der Unterschiedlichkeit der Bedürfnisse gerecht werden. Wir wollen flexible Modelle schaffen, die der Vielfalt der Lebensrealitäten und der Unterschiedlichkeit der Bedürfnisse gerecht werden. Es muss für Beschäftigte leichter werden, ihre Arbeitszeit zu variieren, zum Beispiel durch ein Rückkehrrecht auf Vollzeit oder durch Arbeitszeitkorridore, die große Teilzeitleösungen - ab 30 Stunden - rechtlich wie eine Vollzeitstelle absichern. Dafür arbeiten wir auf Bundesebene unter anderem an Änderungen und Ergänzungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Auch für Selbstständige wollen wir Möglichkeiten für berufliche Auszeiten befördern.

Alleinerziehende und Geringverdienende besonders unterstützen

Alleinerziehende stehen vor ganz besonders großen zeitlichen Herausforderungen, da sie sowohl für das Familieneinkommen als auch für die Kindererziehung und Haushalt allein sorgen müssen. Viele Alleinerziehende sind auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) angewiesen oder müssen mit schlecht bezahlten Jobs und zusätzlicher Hilfe zum Lebensunterhalt (Aufstocker) auskommen. Das bedeutet zusätzlichen Zeitstress durch Job, Kinder und bürokratischen Aufwand. Die derzeitige Ausgestaltung des Hartz IV-Systems verursacht nicht nur Kinderarmut und langfristig Altersarmut, sondern beispielsweise durch Rapportpflichten, bürokratische Antragsstellung und nicht zuletzt Stigmatisierung zusätzliche Belastungen im Alltag und im Zeitmanagement. Grüne Zeitpolitik muss auch Lösungen finden, wie Menschen mit geringem Einkommen unterstützt werden können, mehr Spielräume in ihrer Zeitgestaltung zu haben.

Das Hartz IV-System muss daher entbürokratisiert werden. Zusätzlich müssen die Arbeitsagenturen so personell ausgestattet sein, dass eine individuell auf die Arbeitssuchenden zugeschnittene Betreuung möglich ist. Kindergelderhöhungen, Elterngeld, ElterngeldPlus oder Betreuungsgeld: Familien im SGB II Bezug gehen dabei leer aus. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder und langfristig für eine eigenständige Kindergrundsicherung ein. Auch muss die Beantragung von ergänzenden Hilfen zum Lebensunterhalt für Geringverdienende flexibler und unbürokratischer werden, damit nicht noch zusätzlich Zeit für die Ämter aufgewendet werden muss. Lebensphasen, in denen Fürsorge für Kinder oder Ältere im Vordergrund steht, müssen durch besondere sozialpolitische Maßnahmen wie zum Beispiel die Grüne Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege abgesichert werden.

Eine neue Zeitkultur am Arbeitsplatz schaffen

Immer mehr Menschen klagen über steigende Belastungen am Arbeitsplatz. Viele müssen immer mehr in der gleichen Zeit leisten und fühlen sich ständig gehetzt. Termindruck, Überstunden, Schicht- oder Nachtarbeit, Verdichtung der Arbeit oder ständige Erreichbarkeit per Handy oder Email: Die Arbeitsbedingungen in unserer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sind nicht gesund.

Hinzu kommen gerade in Brandenburg oft lange Anfahrtswege zur Arbeit, familienunfreundliche Arbeitszeiten und lange Trennungsphasen vom sozialen und familiären Umfeld. Gerade Menschen in prekären Jobs müssen oft dauernd verfügbar sein und werden sogar kurzfristig per SMS zur Arbeit beordert.

Das belastet das Privat- und Familienleben und kann krank machen. Brandenburg gehört zu den Bundesländern mit dem höchsten Krankenstand, Tendenz steigend. Psychische Erkrankungen sind mit 42 % inzwischen in Deutschland die Hauptursache für Frühverrentungen.

Hier gilt es, mit gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene Grenzen zu setzen, damit Menschen nicht rund um die Uhr verfügbar sein müssen. Überstunden und Schichtarbeit sollten gesetzlich auf das wirklich Notwendige beschränkt bleiben, Ruf- und Bereitschaftsdienste beispielsweise klar definiert werden. Außerdem sollte es nicht möglich sein, scheinbar freiwillige Arbeitsleistungen entgegenzunehmen, die vorher angeordnet und in der Freizeit erbracht worden sind.

Wir begrüßen den Vorstoß der Gewerkschaften hinsichtlich eines verbesserten gesetzlichen Schutzes vor psychischen Krankheiten der ArbeitnehmerInnen. Die Arbeitgeber müssen endlich genauer hinschauen, wo psychische Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz auftreten und geeignete Maßnahmen ergreifen. Einige Firmen gehen bereits mit gutem Beispiel voran und zeigen, dass es möglich ist, die Bildschirme abends und am Wochenende abzuschalten.

Bei grüner Zeitpolitik geht es auch um einen Wandel der Arbeitszeitkultur und die Möglichkeit zu mehr Mitbestimmung z.B. über Arbeitszeiten und Zeitpläne. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte müssen deshalb ausgebaut und die ArbeitnehmerInnenrechte gestärkt werden, auch dort, wo es keine Interessenvertretungen gibt. Forschungen zeigen, dass die Möglichkeit zu mehr Mitgestaltung auch zu größerer Zufriedenheit und besseren Arbeitsergebnissen führt. Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet hier bei allen Risiken auch viele Chancen für neue Arbeitszeitmodelle, z.B. kann Arbeit am Bildschirm auch von Zuhause oder von Unterwegs erledigt werden. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass ständige Erreichbarkeit gefordert wird. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte müssen deshalb ausgebaut und die ArbeitnehmerInnenrechte gestärkt werden, auch dort, wo es keine Interessenvertretungen gibt. Forschungen zeigen, dass die Möglichkeit zu mehr Mitgestaltung auch zu größerer Zufriedenheit und besseren Arbeitsergebnissen führt.

Das „audit berufundfamilie“ wieder einführen

Es ist Ziel grüner Politik, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Einfluss als bisher auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeit haben. Im Dialog mit Gewerkschaften und Verbänden wollen wir Zeit- und familienbewusste Personalpolitik von Unternehmen in Brandenburg fördern. Die Öffentliche Verwaltung sollte hier als Arbeitgeberin ihrer Vorbildfunktion nachkommen.

Es war ein Fehler der Landesregierung, die Förderung des „audit berufundfamilie“ der Hertie-Stiftung in Brandenburg einzustellen. Das „Audit“ unterstützt Unternehmen darin, eine zeit- und familienbewusste Personalpolitik nachhaltig und wirkungsvoll umzusetzen. Ziel ist, die Unternehmensziele und die Interessen

der Beschäftigten und in eine wirtschaftlich attraktive Balance zu bringen. In den Jahren 2006 bis 2012 wurden fünfunddreißig Unternehmen in Brandenburg mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds unterstützt. 70% der Auditierungskosten wurden vom ESF übernommen. Die Förderbeispiele zeigen, dass gerade auch für kleine und mittelständische Unternehmen kreative und kostengünstige Lösungen, die individuell auf die Situation der Unternehmen und der Beschäftigten zugeschnitten sind, oft ohne viel Aufwand umzusetzen sind. Wir setzen uns dafür ein, das „Audit“ wieder einzuführen und besser zu bewerben.

Zeit in der Familie fair teilen

Familien sind heute bunt und vielfältig geworden. Wir wollen einengende, überkommene Rollenbilder aufbrechen, ohne Familienmodelle vorzuschreiben. Die meisten Paare wünschen sich heute eine partnerschaftliche Verteilung der Erwerbs- und Familienarbeit. Doch sind die Rollen zwischen den Geschlechtern immer noch sehr ungleich verteilt. Studien belegen, dass Frauen fast doppelt so viel Zeit mit der Betreuung der Kinder und der Hausarbeit verbringen als Männer. Die Sorge für pflegebedürftige Familienangehörige obliegt überwiegend den Frauen, nur ein Drittel der Pflegenden sind Männer.

Auch wenn sich viele Familien um eine gerechtere Verteilung der Aufgaben bemühen, scheitern sie oft an den Voraussetzungen, denn der Arbeitsmarkt und das Steuersystem fördern immer noch die alten Rollenmodelle. Es ist oft schwierig und mit beruflichen Nachteilen verbunden, den Anspruch auf Elternzeit oder einen Teilzeitarbeitsplatz durchzusetzen. Insbesondere Frauen arbeiten oft im Niedriglohnssektor oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Das hat Folgen, führt oft zum „Karriereknick“ oder zu ungewollter Abhängigkeit von anderen Familienmitgliedern oder von staatlichen Transferleistungen und zu Altersarmut. Grundvoraussetzung für die Möglichkeit, die Zeit partnerschaftlicher zu teilen, ist für uns eine eigenständige Existenzsicherung und ein Steuersystem, das Kinder in den Mittelpunkt stellt und den gewandelten Partnerschafts- und Familienmodellen in der Gesellschaft Rechnung trägt. Statt der Ehe wollen wir Kinder und Familien fördern. Wir wollen deshalb das Ehegattensplitting schrittweise abbauen und die frei werdenden Mittel in den Aufbau einer Kindergrundsicherung investieren.

Kindern, Jugendlichen und Studierenden ihre Zeit lassen

Kinder, Jugendliche und Studierende sehen sich zunehmendem Druck ausgesetzt, möglichst schnell die einzelnen Bildungsphasen zu durchlaufen und zum Abschluss zu bringen. Früheinschulung, „Turboabitur“ oder Bologna-Reform: Es fehlt oft die Zeit, in Ruhe zu reifen und sich zu entwickeln. Denn wer sich selbst finden will, der braucht auch mal die Möglichkeit, abseits der ausgetretenen Pfade nach neuen Wegen zu suchen.

Unsere Kinder sind immer früher und immer länger in Kita oder Schule. Schon viele Unter-Dreijährige verbringen täglich mehr als acht Stunden in der Krippe. Mit Ganztagschulen, Nachmittagsunterricht, Hausaufgaben und Klausuren- und Prüfungsstress haben sie enorme Arbeitstage zu bewältigen. Dazwischen brauchen sie auch selbstbestimmte Zeiten und Freiräume zur Entspannung. Kitas und Schulen müssen dafür die räumlichen und zeitlichen Voraussetzungen schaffen.

Wir wollen Modellprojekte zum Thema Zeit und Schule fördern, z.B. die Gestaltung der Zeit vor Schulbeginn und in der Mittagspause, den Umgang mit Zeit als Unterrichtsstoff oder die Organisation außerschulischer Aktivitäten am Nachmittag. Eine Flexibilisierung der Schulanfangszeiten würde viele Familien vom morgendlichen Stress entlasten.

Die Bildungsverläufe in der Schule wollen wir individueller und flexibler gestalten, mit mehr individuellem und projektorientiertem Lernen, mehr flexiblen Eingangsklassen und mehr Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen, die die Möglichkeit bieten, das Abitur in dreizehn (statt zwölf) Jahren zu absolvieren.

Verdichtung, Verschulung und Überreglementierung des Studiums nach der Bologna-Reform haben dazu geführt, dass unseren Studierenden kaum noch Zeit bleibt. Wir wollen mehr Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes und flexibles Studium schaffen, so wie es die Reform ursprünglich einmal vorsah. Dazu gehört auch, Studierende sozial abzusichern und Freiräume zu schaffen, für den Job, für die Familie, für ehrenamtliches oder politisches Engagement oder für Freizeit und soziale Kontakte. Wir setzen uns daher beispielsweise gegen Anwesenheitspflichten und für bessere Teilzeitstudienmöglichkeiten ein. Denn Querdenken, Kreativität und selbstständig Probleme lösen – das sind die Kompetenzen, die unsere Gesellschaft dringend braucht.

Zeit für einen nachhaltigen Lebensstil ermöglichen

Auch ein Leben im Einklang mit der Natur braucht Zeit. Hektik und Eile dagegen machen es schwer, den „ökologischen Fußabdruck“ klein zu halten, klimaschädliche Emissionen zu vermeiden und Energie zu sparen. Es kostet oft etwas mehr Zeit, das Auto stehen zu lassen und das Fahrrad oder den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen. Es kostet etwas mehr Zeit, das Essen frisch aus ökologischen und regionalen Lebensmitteln selbst zu kochen, als sich aus der Tiefkühltruhe des Supermarkts oder im Schnell-Imbiss zu versorgen. Auch der Ökolandbau oder die artgerechte Tierhaltung erfordern mehr Arbeitszeit als die industrielle Landwirtschaft und Massentierhaltung.

Wir unterstützen Initiativen hin zu einer „Entschleunigung“ unserer Lebensstile und zu einem bewussteren Umgang mit unseren Ressourcen. Zum Beispiel die „Slow-Food“ -Bewegung, die sich für einen bewussteren Umgang und mehr Genuss bei der täglichen Ernährung einsetzt. Oder die „Slow Cities“ -Bewegung, die sich der nachhaltigen Orts- und Stadtentwicklung verschrieben hat.

Für kurze Wege in der Kommune sorgen

Vor Ort, auf der kommunalen Ebene, werden entscheidende Weichen für die Lebens- und damit Zeitqualität von Menschen gestellt. Wir setzen uns für einen guten öffentlichen Nahverkehr und für kurze, sichere Wege zu Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen ein. Die Öffnungszeiten von öffentlichen Einrichtungen sollten bedarfsgerecht sein. Dazu gehört auch, dass öffentliche Einrichtungen zumindest periodisch außerhalb der üblichen Kernarbeitszeiten geöffnet sein müssen. So unterstützen wir beispielsweise mobile Bürgerbüros oder periodische Samstags- oder Abendöffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen. Viele Behördenwege lassen sich zudem durch mehr E-Government ersparen. Auch Projekte wie mobile BürgerInnenbüros können eine Möglichkeit sein, Behördengänge für weniger mobile BürgerInnen zu erleichtern. Das führt auch zu mehr Flexibilität für Angestellte im öffentlichen Dienst. Sonntagsöffnungszeiten lehnen wir dagegen ab. Den Sonntag möchten wir als einen arbeits- und konsumfreien Tag erhalten.

Für Familien, besonders für Alleinerziehende und Beschäftigte im Schichtdienst, ist es wichtig, dass Kitas gut erreichbar sind, dass die Öffnungszeiten ihren Bedarfen entsprechen und auch für die sogenannten „Randzeiten“ gute Lösungen gefunden werden. Ein Betreuungsangebot sollte generell von 6.00-18.00 Uhr gewährleistet sein.

Die ländlichen Regionen dürfen nicht abgehängt werden. Hier sind kreative und flexible Lösungen gefragt, die im Dialog mit den Menschen vor Ort entwickelt werden müssen. Ruf- und Bürgerbusse, kommunale Dorfläden oder rollende Arztpraxen sind gute Beispiele. Schnelles Internet ist eine wichtige Voraussetzung. Wir wollen die Dorfschule erhalten, indem wir Schulverbünde mit Filialschulen von Klasse Eins bis Vier ermöglichen. Dort, wo verschiedene Schulformen nicht mehr nebeneinander existieren können, sollen gut erreichbare Schulzentren alle Bildungsabschlüsse anbieten können.

Zeitbeauftragte und Zeitbüros etablieren

Zeitpolitik berührt die Menschen in ihrer Lebenswelt und Lebensqualität unmittelbar, lässt sich als Querschnittsthema aber nicht an ein einzelnes Politikfeld binden. Von Zeitproblemen sind alle Menschen betroffen, sie erleben dies aber zumeist individuell, zu unterschiedlichen Zeiten und Orten und es gibt niemanden, der dafür zuständig ist. Das wollen wir ändern.

Wir wollen der Zeitpolitik das notwendige Gehör verschaffen und deshalb in Bund, Land und Kommunen Zeitbüros bzw. die Beauftragten für Zeitpolitik etablieren. Sie sollen das Thema auf die Agenda setzen, die Probleme analysieren, die unterschiedlichen Politikfelder miteinander verzahnen und Handlungsinstrumente vorschlagen. Sie können zeitpolitische Initiativen in Gang bringen und für die notwendige öffentliche und mediale Präsenz sorgen.

Solche Beauftragte für Zeitpolitik sollen mit ähnlichen Befugnissen wie andere Beauftragte (etwa Gleichstellungs- oder Integrationsbeauftragte) ausgestattet sein und einen Arbeitsstab, eine Art „Zeitbüro“, zur Seite haben. Sprechstunden, Veranstaltungen, Vernetzung mit öffentlichen und privaten Akteuren - für die Zeitbeauftragten gibt es ein breit gefächertes Handlungsfeld. Wir wollen, dass die Beauftragten demokratisch legitimiert, also (vom Parlament) „gewählt“ und nicht „bestimmt“ werden.

Eine gesellschaftliche Debatte über Zeitpolitik initiieren

Bündnisgrüne Zeitpolitik setzt bewusst auf viele unterschiedliche Ideen und Lösungen. So verschieden die Lebensentwürfe der Menschen sind, so verschieden werden die Modelle sein, die dazu beitragen können, das Leben zu entschleunigen und uns mehr Zeit zu verschaffen. Die Politik kann viel dazu beitragen, dass Menschen selbstbestimmter über ihre Zeit verfügen können. Dazu brauchen wir auch eine breite gesellschaftliche Debatte und einen Bewusstseinswandel hin zu mehr Zeit!